

Regionalkomitee für Europa

68. Tagung

Rom, 17.-20. September 2018

EUR/RC68/R3

18. September 2018

180667

ORIGINAL: ENGLISCH

## Resolution

Erneuerung des Bekenntnisses zur Stärkung der Gesundheitssysteme für eine allgemeine Gesundheitsversorgung, bessere gesundheitliche Resultate und den Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten

Das Regionalkomitee -

unter Hinweis auf das Dokument "Umgestaltung unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung",¹

unter Hinweis auf seine Resolution EUR/RC62/R4, mit der es "Gesundheit 2020", das Rahmenkonzept der Europäischen Region für Gesundheit und Wohlbefinden, annahm, in dem für gesamtstaatliches und gesamtgesellschaftliches Handeln zur Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden geworben wird, wobei die Stärkung der Gesundheitssysteme als eine der tragenden Säulen in einem gesamtstaatlichen und ressortübergreifenden Ansatz für bessere und ausgewogenere gesundheitliche Resultate propagiert wird,

unter Hinweis auf die Verpflichtungen aus der Charta von Ljubljana über die Reformierung der Gesundheitsversorgung in der Europäischen Region (1996) und der Charta von Tallinn: Gesundheitssysteme für Gesundheit und Wohlstand (2008),

unter Hinweis auf die Resolution EUR/RC65/R5 über Prioritäten für die Stärkung der Gesundheitssysteme in der Europäischen Region der WHO im Zeitraum 2015–2020:

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Resolution 70/1 der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Verwirklichung der Vorsätze für mehr Bürgernähe sowie die Resolution EUR/RC66/R11 über einen Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten in der Europäischen Region der WHO,

nach Prüfung der Abschlusserklärung der Hochrangigen Tagung der Europäischen Region der WHO über die "Reaktion der Gesundheitssysteme auf nichtübertragbare Krankheiten: Erfahrungen in der Europäischen Region" vom April 2018 in Sitges (Spanien), die sich mit der Umsetzung von auf Chancengleichheit ausgerichteten, umfassenden und abgestimmten Maßnahmen der Gesundheitssysteme zur Verringerung der Belastung durch nichtübertragbare Krankheiten befasst und darauf abzielt, die globalen Zielvorgaben nicht nur zu erreichen, sondern sogar zu übertreffen,

nach Prüfung der Abschlusserklärung der Hochrangigen Tagung der Europäischen Region der WHO über "Gesundheitssysteme für Wohlstand und Solidarität: niemanden zurücklassen", die im Juni 2018 in Tallinn (Estland) stattfand und die sich mit der Bedeutung von Inklusion, Investitionen und Innovation als wesentlichen Triebkräften der Umgestaltung von Gesundheitssystemen auf dem Weg zu einer allgemeinen Gesundheitsversorgung, besseren gesundheitlichen Resultaten und mehr gesundheitlicher Chancengleichheit befasste,

in dem Verständnis, dass diese Resolution nicht an Stelle einer früheren Resolution des Regionalkomitees tritt –

- 1. NIMMT die Abschlusserklärungen der beiden hochrangigen Tagungen der WHO in Sitges und Tallinn mit Zufriedenheit zur KENNTNIS;
- 2. BRINGT sein anhaltendes Bekenntnis zu den in der Charta von Tallinn und in "Gesundheit 2020" verankerten Werten Solidarität, Chancengleichheit und Teilhabe als Grundlagen für die Stärkung der Gesundheitssysteme sowie sein Bekenntnis zur Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung und unter besonderem Verweis auf Zielvorgabe 3.8 der Ziele für nachhaltige Entwicklung ("Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen") ZUM AUSDRUCK;

## 3. BITTET die Mitgliedstaaten EINDRINGLICH:

- a) eine umfassende und integrierte Antwort der Gesundheitssysteme auf die größten Verursacher von Krankheit in der Europäischen Region als vorrangige Aufgabe zu behandeln und mit ausreichenden Mitteln auszustatten,
- bei der Stärkung der Gesundheitssysteme eine starke Ausrichtung auf b) Chancengleichheit, Gleichstellung Geschlechter Solidarität der und sicherzustellen, um eine hochwertige Gesundheitsversorgung bereitzustellen und bessere Resultate für alle zu ermöglichen, insbesondere jene mit größeren gesundheitlichen und sozioökonomischen Bedürfnissen sowie ältere Menschen mit multiplen chronischen Erkrankungen, und dabei ein Gleichgewicht zwischen allgemeingültigen Konzepten und situationsbezogenen und gezielten Ansätzen in sämtlichen Bereichen der Politiksteuerung zu wahren und Maßnahmen zur Förderung einer chancengleichen Gesundheitsversorgung auf globaler, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene miteinander zu verknüpfen,
- geschlechtergerechte Gesundheitssysteme durch die systematische Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten zu fördern, auch durch nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten, Datenanalysen und Interventionen,
- die Investitionen in die Gesundheit zu erhöhen und zur Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung nachhaltigere Finanzmittel für die primäre Gesundheitsversorgung und das öffentliche Gesundheitswesen bereitzustellen, Effizienzgewinne anzustreben und gezielt zu nutzen und die Kapazitäten für einen wirksameren fiskalischen Dialog zu stärken,
- eine systematische Beobachtung der finanziellen Absicherung und der unerfüllten Bedürfnisse in Bezug auf Gesundheitsleistungen zu fördern, die Bewertung von konzeptionellen Veränderungen und deren Wirkung im Hinblick auf die Chancengleichheit zu unterstützen und den Zugang und die finanzielle Absicherung für alle zu verbessern und dabei zu berücksichtigen, dass übermäßig hohe Zahlungen aus eigener Tasche für ambulante Versorgung und ambulant verschriebene Arzneimittel in vielen Ländern der Europäischen Region eine wesentliche Quelle finanzieller Härten bilden können,

- f) ressortinterne und ressortübergreifende Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der primären Gesundheitsversorgung als vorrangig zu behandeln mit Schwerpunktlegung auf einer kontinuierlichen, umfassenden, koordinierten, gemeinde- und bürgernahen Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung –, als die effizientesten und ausgewogensten Mechanismen zur Bekämpfung der häufigsten Krankheiten in der Europäischen Region, einschließlich einer Ausweitung der vielversprechendsten Optionen zur Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten, und die Umsetzung des Rahmenübereinkommens der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs in allen Ländern je nach Bedarf zu stärken,
- g) in das Gesundheitspersonal zu investieren und dabei einen für die Zukunft geeigneten Qualifikationsmix und entsprechende Kompetenzen sowie integrierte Leistungserbringungsmodelle sicherzustellen, die sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren, und den Vorteil digitaler Lösungen zu nutzen, und Managementpraktiken zu fördern, die menschenwürdige Arbeit gewährleisten, etwa durch angemessene Entschädigung und die Schaffung sinnvoller Gelegenheiten zur Anwendung erlernter Fähigkeiten, zur beruflichen Weiterbildung und zum beruflichen Weiterkommen,
- h) integrierte bürgernahe Gesundheitsangebote zu verwirklichen und dabei die umfassenden Bedürfnisse der Menschen und Gemeinschaften anstatt allein Krankheiten in den Mittelpunkt der Gesundheitssysteme zu rücken und die Menschen dazu zu befähigen, sich aktiver für ihre eigene Gesundheit einzusetzen (WHO-Rahmen für eine integrierte bürgernahe Gesundheitsversorgung),
- i) politische Konzepte und Forschungsvorhaben zu unterstützen und gezielt Innovationen zu nutzen, um zu gewährleisten, dass die Gesundheitssysteme über hochmoderne Informationssysteme, -angebote und -technologien verfügen, die den Anforderungen der Menschen gerecht werden, und dass die Gestaltung der Gesundheitspolitik transparent und auf Grundlage der besten verfügbaren Evidenz erfolgt;

## 4. ERSUCHT die Regionaldirektorin:

- a) auch weiterhin eine Führungsrolle bei der Stärkung der Gesundheitssysteme unter besonderer Schwerpunktlegung auf Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention, primärer Gesundheitsversorgung sowie integrierter Versorgung und in Zusammenarbeit mit relevanten Partnerorganisationen wahrzunehmen und für ausreichende Investitionen zu werben,
- b) die Mitgliedstaaten auch durch Erleichterung von Partnerschaften dabei zu unterstützen, eine auf Chancengleichheit ausgerichtete, und umfassende Stärkung der Gesundheitssysteme mit einem flächendeckenden Angebot für bessere gesundheitliche Resultate zu operationalisieren,
- c) auch weiterhin Gelegenheiten für einen regionsweiten Meinungs- und Erfahrungsaustausch in Bezug auf bewährte Praktiken für Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention, Inklusion, Investitionen und Innovation in den Gesundheitssystemen zu schaffen, um den Zugang zu einer bezahlbaren und hochwertigen präventiven wie kurativen Gesundheitsversorgung zu verbessern,
- d) die Ergebnisse der beiden hochrangigen Tagungen an die Tagungen der Vereinten Nationen auf hoher Ebene über nichtübertragbare Krankheiten im Jahr 2018 und über allgemeine Gesundheitsversorgung im Jahr 2019 weiterzuleiten,
- e) dem Regionalkomitee im Jahr 2023 über die erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten.

= = =